Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur Fritz Arnold, Druck u. Verlag: Max Gemsch u. Druckgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramme: Tageblatt Aueerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 68.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.40 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Austrägerinnen und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 75 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamezeilenzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 200 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge unleserlich geschriebener Anzeigen kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 258. Freitag, den 5. November 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Auch für das Reich ist ein neuer Nachtragsetat in der Höhe von 4½ Milliarden Mark für die letzte Novemberwoche zu erwarten. Die Vorlage geht im Reichsfinanzministerium ihrer Vollendung entgegen.

Unverbürgter Meldung zufolge soll die interalliierte Kommission in Konstantinopel beschlossen haben, die Blockade gegen Sowjetrußland im Schwarzen Meer zu errichten.

Das preußische Kabinett sprach sich gleich der Reichsregierung dafür aus, Oberschlesien durch Reichsgesetz die Stellung eines selbständigen Staates zu gewähren.

Im englischen Unterhaus ist eine Kommission gebildet worden, die sich mit der Einführung der britischen Verwaltung in Irland und mit der Herbeiführung einer annehmbaren Lösung des Konflikts befassen soll.

Wie wir Japan verspielten...

Von Wirklichem Geheimen Rat Ottmar von Mohl.

In den nächsten Tagen erscheint ein Erinnerungswerk Fünfzig Jahre Reichsdienst von Ottmar von Mohl. Der Verfasser war lange Jahre Kabinettssekretär der Kaiserin Augusta und hat im Auswärtigen Dienste des Reiches an vielen hervorragenden Plätzen gearbeitet. Zur Erkenntnis der Fehlerquellen der deutschen Politik gibt das Werk eine Fülle von Material, wofür das nachstehende interessante Kapitel ein Beweis ist.

Noch 1894 war der japanische kaiserliche Prinz Komatsu Josihito vom Kaiser Wilhelm II. und der Regierung mit Aufmerksamkeiten überhäuft, und sein Empfang nicht nur in Berlin, sondern, soweit unser Einfluß reichte, an allen befreundeten Höfen mit aller Kraft gefördert worden. Der treffliche halbdeutsche Gesandte Graf Aoki wiegte sich daraufhin in Sicherheit, daß Deutschland Japan auch in seinem Friedensschluß nach dem chinesisch-japanischen Kriege die Stange halten werde... Für Deutschland lag um so weniger Anlaß vor, sich in diese Lebensfragen Japans einzumischen als es von dem uns damals noch befreundeten England eine Warnung sowohl durch die Presse als auf vertraulichem Wege erhalten hatte. Aber nein, um sich bei Rußland angenehm zu machen, das gar nicht danach verlangte, und nur um Frankreich von Rußland zu trennen, was nicht gelang und uns auch keinen Dank brachte, beschloß das Auswärtige Amt — in diesem Falle Holstein —, den in Weimar im Ruhestand lebenden früheren Gesandten in Peking v. Brandt, dessen Vorliebe für China und dessen Feindschaft gegen die ihm verhaßten Japaner bekannt waren, zu zitieren und seinen Rat einzuholen.

Herr v. Brandt wurde vom Staatssekretär Freiherrn v. Marschall, vom Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und vom Kaiser selbst empfangen und setzte überall seine Theorie auseinander, daß Deutschland unbedingt auf Seite Chinas zu treten und die Aspirationen Japans zu bekämpfen habe. Dabei verlangte China gar nicht einmal die deutsche Einmischung, sondern fragte durch die Berliner chinesische Gesandtschaft an, ob es die japanischen Friedensbedingungen ratifizieren solle. Der chinesische, deutschsprechende Dolmetscher war dieserhalb bei mir und bat mich, ihm eine Unterredung mit Freiherrn v. Marschall zu verschaffen. Was geschah aber?, Herr v. Holstein, im Nebenzimmer beim Staatssekretär arbeitend, so daß nichts ihm entgehen konnte, wurde natürlich von dem mit ostasiatischen Dingen unbekannten Herrn v. Marschall zu Rate gezogen, und es wurde gegen Japan entschieden. Eine vollständige Schwenkung in der seit zwanzig Jahren, noch durch den Fürsten Bismarck sanktionierten Politik Deutschlands trat ein; alle die Bemühungen und Anstrengungen, die Deutschland in Japan auf allen Gebieten für Reorganisation des Reiches gemacht hatte, wurden als handelspolitisch, nicht rein politisch über Bord geworfen und dementiert. Der Gesandte Freiherr v. Gutschmidt, durch Takt nicht ausgezeichnet, erhielt den telegraphischen Auftrag, auf den Minister des Aeußern einen Druck auszuüben, die auf dem Festlande gemachten Eroberungen herauszugeben. Die Ueberreichung der Kette des Ordens vom Schwarzen Adler an den Mikado, welche durch Audienz auf den 27. April bereits festgesetzt war, wurde am 24. April untersagt und dem Tenno ein persönlicher, unverzeihlicher Affront zugefügt.

Hierauf wurden sogar noch zwei Kriegsschiffe nach Yokohama beordert, darunter S. M. S. Kaiser mit 1200 Besatzung. Ein Ultimatum von drei Tagen wurde mit Baron Gutschmidt für die Annahme der deutschen Bedingungen festgesetzt, als der Mikado durch eine Proklamation den Frieden von Schimonoseki unumstößlich und perfekt sanktioniert hatte. Der Gesandte, von dem russischen und französischen jüngeren Kollegen als Dohen des diplomatischen Korps vorgeschoben und mit seiner Eitelkeit verlockt, das ganze Odium des Schrittes auf sich und seine Regierung zu nehmen, war im Sinne der ihm erteilten Instruktionen in die ihm gestellte Falle gegangen. Er war dem Minister Ito nach Kobe nachgereist, um ihn zur Annahme zu zwingen. England stand untätig als Zuschauer im Hintergrund, wie wir unsere ganze mühsam aufgebaute ostasiatische große Stellung an einem Tage verspielten. Die Japaner erklärten, sie seien gewohnt gewesen, die deutschen Vorschläge seit Jahrzehnten als diejenigen eines Freundes zu befolgen; sie würden es auch diesmal tun, aber es sei zum letzten Male.

Täglich war der treffliche Deutschland freundlich gesinnte Aoki, Gesandter in Berlin, in der Wilhelmstraße zu mir gekommen, händeringend über den unbegreiflichen Verrat Deutschlands an seinem japanischen Freunde, täglich kam Freiherr Alexander v. Siebold, um uns zu beschwören, diese törichte und zugleich perfide und brüske Politik nicht zu machen. Alles umsonst. Die telegraphischen Instruktionen nach Tokio, von dem Staatssekretär und Reichskanzler auf Vortrag von v. Holstein erlassen, gingen ab und wurden mir täglich im Chiffrierbüro als interessierten Sachkenner vorgezeigt. Das Unheil war geschehen. Japan wurde in die Hände der späteren Entente getrieben. Es war die ganze Sache mit einem solchen Aufwand von nutzloser politischer Brutalität in Szene gesetzt worden, daß es nicht wundernehmen kann, wenn die Japaner bei der Kriegserklärung 1914 den Wortlaut des deutschen Ultimatums nun gegen uns anwandten und sofort die Wegnahme des schutzlosen Tsingtau ins Werk setzten. Kann man sich wundern, wenn eine solche Politik bei Rußland und Frankreich, die wir angeblich dadurch trennen wollten, nur geheime Schadenfreude erregte und uns Japan, das sofort mit England abschloß, auf immer entfremdete? Keine Worte sind stark genug, um solche Fehler zu brandmarken. Ich habe auch damals schon, ebenso wie meine für die Sache sich interessierende Frau und Freundin Japans, kein Blatt vor den Mund genommen, aber es war alles umsonst.

Deutschlands neue Handelsverträge.

Aus Berlin wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Der Weltkrieg hat nicht nur die Handelsbeziehungen mit unseren Gegnern zerstört, er hat auch infolge des Zusammenbruches der österreichisch-ungarischen Monarchie die vertraulichen Bande, die uns mit unserem ehemaligen Verbündeten verknüpften, gelöst. Die wechselseitigen Beziehungen, die zwischen Deutschland und den Ländern bestanden, die sich auf dem Boden der alten Monarchie gebildet hatten, hörten zwar nicht auf. Der Warenaustausch dauerte an, aber die rechtlichen Grundlagen waren verschwunden. Aus dem Zwang der Verhältnisse heraus, die die Länder auf die Betätigung von Handelsbeziehungen in geordneten Bahnen hinwiesen, mußte daran gedacht werden, wieder einen Rechtszustand zu schaffen, der allein geeignet war, die gegenseitigen Beziehungen inniger zu gestalten. In langwierigen Verhandlungen ist es nun endlich gelungen, sowohl mit Deutschösterreich als auch mit Ungarn und der Tschechoslowakei neue Verträge abzuschließen, die demnächst dem Reichsrat und dem Reichstag vorgelegt werden. Als Gerippe für die neuen Verträge mußte der alte deutschösterreichisch-ungarische Handelsvertrag dienen, denn in ihm waren nicht nur die allgemeinen Rechtsregeln des internationalen Wirtschaftsverkehrs festgelegt, sondern seine Bestimmungen waren gerade auf die Bedürfnisse des Verkehrs mit jenem Länderkomplex zugeschnitten und trugen den dortigen Besonderheiten Rechnung. Besonders schwierig war der Abschluß eines Vertrages mit der Tschechoslowakei, da diesem Staat auf Grund des Versailler Friedensvertrages das Recht der Meistbegünstigung zugestanden war, ohne daß eine Verpflichtung zur Gegenseitigkeit vorlag. Es muß aber anerkannt werden, daß die Tschechoslowakei sich bemüht hat, in Anbetracht der wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen das Entgegenkommen zu zeigen, das dem Interesse beider Länder am besten dient. Von Bedeutung ist auch die Regelung des Transitverkehrs. Die Konzessionen, die uns gemacht worden sind, insbesondere auch durch die Tschechoslowakei, sind zweifellos gemacht worden in der Erkenntnis, daß nur dadurch eine gedeihliche Entwicklung der beiderseitigen Handelsbeziehungen möglich wird. Die neuen Handelsverträge haben nicht nur deshalb eine besondere Bedeutung, weil dies die ersten großen Handelsverträge sind, die wir schließen, sondern vor allem auch deshalb, weil uns der Weg nach dem Osten freigemacht wird. Noch ist es uns nicht möglich, mit Polen ebenfalls einen Vertrag zu schließen. Die Hindernisse eines solchen Vertrages liegen bei den Polen. Noch können wir auch nicht geregelte Handelsverbindungen mit Rußland aufnehmen, aber der erste Schritt, mit dem Osten wieder in Verbindung zu kommen, ist getan. Er wird dauernden Erfolg haben, wenn die Erkenntnis der Länder, mit denen wir jetzt Handelsverträge abgeschlossen haben, wächst, daß wir alle aufeinander angewiesen sind.

Die weitere Aussprache im Reichstage.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde die Beratung des Entwurfes zum Haushaltetat für das Rechnungsjahr 1920 fortgesetzt. Das Wort nahm als erster

Abg. Helfferich (Deutschnat.),

der insbesondere vor der oberschlesischen Autonomie warnte. Redner polemisierte sodann gegen die Ausführungen Scheidemanns über die Entbindung der Beamten und Soldaten vom Treueid gegen den Kaiser und über die Offiziere und griff die äußerste Linke an, weil sie offen die Gewalt predige. Er tritt für die Orgesch ein und warnt vor der geplanten roten Armee und vor der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Rußland. Nachdem er noch energische Ablehnung der Dieselmotorwünsche der Entente gefordert hat, geht er zur Besprechung des Etats über. Er bezweifelt, daß sich das Gleichgewicht wird herstellen lassen. Den Ausgaben von 100 Milliarden ständen an sicheren Einnahmen nur 30 Milliarden gegenüber, so daß 70 Milliarden ungedeckt seien. Unsere wirtschaftliche Kraft sei am Ende. Da nütze keine Schönfärberei. Die Entente müsse die Dinge sehen, wie sie sind. Daher müsse eine feste Zahl der Grenze unserer Verpflichtungen festgesetzt werden. Redner empfiehlt eine Reichssteuer, um der Verwirrung ein Ende zu machen, welche durch die Landes- und Kommunalbehörden bei Einziehen der Steuern entstanden ist, und fordert eine Revision der Reichsbesoldungsordnung in dem Sinne, daß eine Besserstellung von Landesbeamten gegenüber Reichsbeamten vermieden werde.

Reichsfinanzminister Wirth

bedauert, daß der Vorredner vielfach das Maß des Erlaubten überschritten habe. Habe er doch selbst während seiner Tätigkeit auch keine Geistesblitze besonderer Leistungsfähigkeit hinterlassen. Die Rede Helfferichs habe nicht einen einzigen Gedanken angegeben, der uns einen neuen Weg zum Bessermachen wies. Daß die 100 000 Menschen, welche nicht in der Produktion stehen, in schwerer Notlage sich befinden, weiß ich. Um ihnen zu helfen, werden wir in den nächsten Tagen eine Milliardenvorlage einbringen, um ihnen das tägliche Brot zu sichern. Das ganze Problem ist die Stabilisierung unserer Valuta. Dies Problem ist die Hauptaufgabe des Kabinetts. Zu einer Vereinbarung mit der Entente hinsichtlich der Festlegung der Entschädigungsgelder wird nicht zu kommen sein, so lange in Frankreich der Gedanke lebt: Der Boche zahlt alles. Jedenfalls ist Dr. Helfferich nach seiner ganzen früheren Tätigkeit kaum der rechte Mann, hier Vorwürfe zu erheben. (Beifall.)

Abg. Cunarck (Dtsch. Volksp.)

betont, daß die Kohlen- und Eisenindustrie allein die Einfuhr von Lebensmitteln ermögliche. Daher müsse diese Produktion gestärkt werden. Eine Reform des Etats an Haupt und Gliedern sei erforderlich. Zu einer aktiven Politik Deutschlands brauche man ein Heer. — Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr.

Reichswehrminister Geßler über die Lage.

In einer vom Leipziger Bürgerausschuß einberufenen Versammlung sprach am Mittwoch Reichswehrminister Geßler. Er wies zunächst darauf hin, daß Frankreich noch immer die Besetzung des Ruhrgebiets erstrebe, und deshalb die ganze deutsche Politik darauf gerichtet sein müsse, den französischen Einmarsch im Ruhrgebiet zu verhindern. Möglich sei, daß unter der Arbeiterschaft selbst die internationale Verständigung in größerem Umfange Platz greifen und daß auch die Bergarbeiter Englands und Frankreichs sich gegen eine Vergewaltigung der deutschen Bergarbeiter wenden werden. Heute sei jedoch die Voraussetzung für eine solche Solidarität noch nicht gegeben. Der Redner wandte sich dann innerpolitischen Fragen zu und führte darüber folgendes aus: Deutschland leide an einer verzehrenden Krankheit, es mache eine ungeheure Krisis des Vertrauens durch. Jeder Deutsche befürchte heute von seinem Landesgenossen das Schlimmste. Diese Krisis des Vertrauens habe zu einem innerpolitischen Wettrüsten geführt. Jede Partei berufe sich darauf, daß es ihr zwar nicht einfalle, den Bürgerkrieg entfesseln zu wollen oder die verfassungsmäßige Entwicklung zu stören, sondern daß sie die Bewaffnung ihrer Anhänger für notwendig halte zum Zwecke der Selbstverteidigung. Bei diesem Wettrüsten kommen wir aber, so betonte der Minister mit Nachdruck, aus dem Zustand fortgesetzter Beunruhigung nicht heraus.

In Bayern habe man nach dem Sturze der Räterepublik Einwohnerwehren auf neutraler Grundlage geschaffen. Man war dort entschlossen, an diesen festzuhalten, und der Minister deutete an, daß man dazu vielleicht auch von französischer Seite ermuntert worden sei. Allein auch die Entente habe die Einwohnerwehren verboten, und während sich das übrige Deutschland diesem Verbote füge, habe Bayern erklärt, daß es die Entwaffnung der Einwohnerwehren für unmöglich halte. Die bayrische Selbstschutzorganisation habe unter dem Namen Orgesch eine große Berühmtheit in ganz Deutschland erlangt. Ueberall seien solche Organisationen entstanden, und es sei die Frage, wie diese Organisationen für die geordnete Entwicklung unserer Verhältnisse zu beurteilen seien. Ich glaube, so sagte der Minister, dieses Urteil wird für Deutschland nicht gleichmäßig lauten können. Diese Organisationen werden sich überall dem besonderen lokalen Charakter anpassen müssen. Wenn ich die Dinge in meiner Bay-

SLUB Wir führen Wissen.